

PRESSEMITTEILUNG

**Betroffene von antimuslimischem Rassismus endlich ernst nehmen:
CLAIM startet bundesweite Kampagne und macht Alltagsrassismus zum Thema**

Berlin, 19. Juni 2023 – Erst Anfang Mai wurden Berliner Schüler*innen aufgrund u. a. antimuslimischer Motive auf einer Klassenfahrt in Brandenburg attackiert. Zugleich wurden in den letzten Wochen in Dessau, Dortmund und Berlin körperliche Übergriffe auf muslimische Frauen gemeldet. „Heute mal wieder“ ist Leitgedanke der heute gestarteten bundesweiten Kampagne, die antimuslimischen Alltagsrassismus zum Thema macht. Die Kampagne ist Teil eines von Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, geförderten Modellprojekts und wird anlässlich der bundesweiten Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus gelauncht. Namhafte Personen aus Politik, Medien und Kultur wie Staatsministerin Claudia Roth (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien), Staatssekretärin Juliane Seifert (BMI), Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen), Amira Mohamed Ali (Die Linke), Aydan Özoğuz (SPD), Dr. Emilia Zenzile Roig (Center for Intersectional Justice), Kübra Gümüşay (Autorin), Esra Karakaya (Journalistin), Dr. Mehmet Daimagüler (Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus) und Dr. Meron Mendel (Direktor der Bildungsstätte Anne Frank) sind Teil der Aktionswochen.

Antimuslimischer Rassismus ist in Deutschland kein Randphänomen, sondern mitten in unserer Gesellschaft verankert. Muslim*innen und muslimisch gelesene Menschen werden in Deutschland täglich zur Zielscheibe von Hass, Diskriminierungen und rassistischen Übergriffen. Alltäglich ist, dass Menschen aus rassistischen Gründen einen Job oder eine Wohnung nicht erhalten oder Kinder im Schulalltag diskriminiert werden. Die offizielle Statistik politisch motivierter Kriminalität stellt nur die Spitze des Eisberges antimuslimischer Vorfälle dar und zählte für das Jahr 2022 610 islamfeindliche Straftaten sowie 62 Angriffe auf Moscheen (BMI 2023). Gemäß einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung (2023) erfahren 72 % der Muslim*innen in Deutschland rassistische Diskriminierung und gehören zu einer der am stärksten benachteiligten Gruppen in Deutschland. Der Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitor des DeZIM (2022) zeigt gleichzeitig, dass die Mehrheitsgesellschaft gegen Muslim*innen gerichteten Rassismus deutlich seltener als solchen erkennt.

Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus: „*Wir haben ein vielfältiges, muslimisches Leben in Deutschland, das unsere Gesellschaft bereichert. Zugleich ist antimuslimischer Rassismus Teil des Alltags vieler Muslim*innen. Das ist nicht nur eine Bedrohung für Muslim*innen oder Menschen, die aufgrund ihres Aussehens oder der Herkunft für solche gehalten werden. Das gefährdet auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, die Vielfalt von Kulturen und Religionen und damit unsere demokratische Kultur als Ganzes! Die Bekämpfung von Rassismus in all seinen Erscheinungsformen ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe – also machen wir mit, schreiten wir ein, seien wir solidarisch mit Betroffenen und stärken den Zusammenhalt in unserem Land.*“

Gefördert durch:

Rima Hanano, Leitung von CLAIM betont: „Antimuslimischer Rassismus ist für viele Menschen eine alltägliche und oftmals schmerzhaft Erfahrung und gipfelt nicht nur in extremen Gewaltexzessen wie in Hanau – darauf machen wir seit Jahren aufmerksam. In unserer Arbeit erleben wir, dass gerade antimuslimischer Rassismus im Alltag oft nicht erkannt wird. Die Erfahrungen Betroffener werden nicht selten in Frage gestellt – durch Behörden und die Gesamtgesellschaft. Uns fehlt nicht nur ein Verständnis und eine Anerkennung von antimuslimischem Rassismus. Was wir dringend brauchen, ist eine echte Solidarität mit Betroffenen, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt, eine Ächtung des Hasses, den sie tagtäglich erfahren. Gleichzeitig brauchen wir unbedingt konkrete Maßnahmen wie bspw. eine Reformierung des AGG sowie eine bessere statistische Erfassung von antimuslimischen Vorfällen, um Betroffene zu schützen und antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen.“

Mit den bundesweiten Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus vom 19. Juni – 1. Juli 2023 macht CLAIM das Problem des antimuslimischen Rassismus und die Auswirkungen sichtbar, sensibilisiert die breitere Öffentlichkeit und fordert gleichzeitig Solidarität mit betroffenen Menschen sowie entschlossenes Handeln.

Ankündigung: Am 29. Juni 2023 präsentiert der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) seinen Bericht, der aktuelle und sich wandelnde Erscheinungsformen von Muslimfeindlichkeit analysiert und u. a. Empfehlungen für den Kampf gegen Muslimfeindlichkeit für verschiedene Bereiche und Ebenen geben wird. Der UEM wurde vom ehemaligen Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer 2020 einberufen. In Ergänzung hierzu wird CLAIM in Kooperation mit ZEOK am 26. Juni 2023 das erste Zivilgesellschaftliche Lagebild zu antimuslimischem Rassismus veröffentlichen. Das Lagebild fasst erstmals bundesweite zivilgesellschaftliche Fallzahlen zu antimuslimischem Rassismus verschiedener Beratungsstellen zusammen.

Die Kampagne ist Teil des Modellprojektes „Das ist antimuslimischer Rassismus. Antimuslimischen Rassismus erkennen und handeln.“, welches das Ziel hat, die Öffentlichkeit im Hinblick auf antimuslimischen Rassismus zu sensibilisieren und Betroffene zu stärken und wird durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus gefördert.

Die Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus: Die Aktionswochen gegen antimuslimischen Rassismus finden statt vom 19. Juni 2023 – 1. Juli 2023. Die Aktionswochen werden seit 2018 von CLAIM initiiert und koordiniert. Hinter den Aktionswochen steht ein breites, wachsendes zivilgesellschaftliches Bündnis. Wir positionieren uns weder parteipolitisch noch theologisch, sondern wenden uns gemeinsam entschieden gegen Hass und antimuslimischen Rassismus. Die Aktionswochen finden anlässlich des 01. Juli, dem Tag gegen antimuslimischen Rassismus statt. Am 1. Juli 2009 wurde die Pharmazeutin Marwa El-Sherbini aus antimuslimischen und rassistischen Gründen im Dresdner Landgericht mit 18 Messerstichen ermordet.



Mehr Informationen zu den Aktionswochen und zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus unter www.allianzgegenhass.de.

Über CLAIM: CLAIM vereint und vernetzt 50 muslimische und nichtmuslimische Akteure der Zivilgesellschaft und bildet eine breite gesellschaftliche Allianz gegen antimuslimischen Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit. CLAIM wird getragen von Teilseind e. V., gefördert u. a. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus. Seit 2020 ist CLAIM Partner im Kompetenznetzwerk Islam- und Muslimfeindlichkeit. Weitere Informationen zu CLAIM unter www.claim-allianz.de.

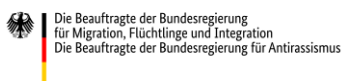
Pressebilder stellen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Für Presseanfragen wenden Sie sich gerne an:

CLAIM – Allianz gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit

Lea Gautsch | Kommunikation
presse@claim-allianz.de
Friedrichstraße 206 | D- 10969 Berlin
T +49 30 2887 4567-7

Gefördert durch:



teilSEIEND